120-00-10
120-20-800
120-20-810
120-20-820
120-20-830
120-20-840
120-20-850

**Übertragung von Personalbefugnissen nach Art. 88 Abs. 3 Satz 4 i. V. m. Art. 43 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 1 und Abs. 2 Satz 1 Gemeindeordnung (GO) jeweils mit Zustimmung des Herrn OBM auf die Werkleitungen (Delegation);
Verfahren bei Stellenplanänderungen**

I. 1. Sachverhalt

Der Stadtrat ist nach Art. 43 Abs. 1 Satz 1 GO zuständig,

1. die Beamtinnen und Beamten ab BGr. A 9 zu ernennen, zu befördern, abzuordnen oder zu versetzen, an eine Einrichtung zuzuweisen, in den Ruhestand zu versetzen und zu entlassen,
2. die Tarifbeschäftigten der Gemeinde ab EGr. 9 TVöD oder ab einem entsprechenden Entgelt einzustellen, höherzugruppieren, abzuordnen oder zu versetzen, einem Dritten zuzuweisen, mittels Personalgestellung zu beschäftigen und zu entlassen.

Die entsprechenden Zuständigkeiten für Beamtinnen und Beamte bis zur BGr. A 8 und für Tarifbeschäftigte bis zur EGr. 8 TVöD oder bis zu einem entsprechenden Entgelt liegen beim Oberbürgermeister (Art. 43 Abs. 2 Satz 1 GO).

Der Stadtrat kann die ihm gemäß Art. 43 Abs. 1 GO und die dem OBM gemäß Art. 43 Abs. 2 GO zustehenden Personalbefugnisse jeweils mit Zustimmung des OBM auf die Werkleitung übertragen (Art. 88 Abs. 3 Satz 4 GO). Macht er von dieser Möglichkeit nicht vollständig Gebrauch, kann er die restlichen Personalbefugnisse nach Art. 43 Abs. 1 Satz 2 GO auf einen beschließenden Ausschuss übertragen, der bei den Eigenbetrieben der Werkausschuss sein soll (Art. 88 Abs. 4 Satz 3 GO).

Gesetzlich ist lediglich eine Delegation durch den Stadtrat auf die Werkleitung generell vorgesehen, wenn nicht Herr OBM nach entsprechender Übertragung durch den Stadtrat auf sich diese nach Art. 39 Abs. 2 GO auf den/die (weiteren) Werkleiter überträgt. Die Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Werkleitung, d. h. zwischen dem/der 1. Werkleiter/in sowie dem/der 2. Werkleitern/in (u. U. auch zwischen kaufmännischem/r und technischem/r Werkleiter/in), ist entweder in den Eigenbetriebssatzungen oder in den Geschäftsanweisungen zu regeln.

**2. Übertragung von Personalbefugnissen und Verfahren bei Stellenplanänderungen:
Amtsperiode 2014/2020**

Bereits seit der Amtsperiode 2008/2014 wurden die Delegationsmöglichkeiten nicht mehr im vollem Umfang ausgeschöpft und für Personalentscheidungen eine weitgehende Zuständigkeit der Werkausschüsse festgelegt. Im Übrigen liegt die Zuständigkeit bei der Werkleitung. (zuletzt Beschluss des Stadtrats vom 02.05.2014, klargestellt mit Beschluss vom 26.10.2016).

3. Übertragung von Personalbefugnissen und Verfahren bei Stellenplanänderungen: Amtsperiode 2020/2026

3.1 Ausgangslage

Mit Beschluss des Stadtrats vom 23.10.2019 wurde die Übertragung von Personalbefugnissen des Stadtrats nach Art. 43 Abs. 1 Satz 3 GO auf den Oberbürgermeister und die Verwaltung (Delegation) sowie die Anpassung des Verfahrens bei Stellenplanänderungen ausgeweitet. Die Eigenbetriebe waren hiervon ausgenommen. Die Ausweitung der Personalbefugnisse sowie die Anpassung des Verfahrens bei Stellenplanänderungen hat sich in der Praxis bewährt.

Mit Beschluss des Ferienausschusses vom 01.04.2020 wurde dem künftigen Stadtrat für die konstituierende Sitzung vorgeschlagen, die Übertragung von Personalbefugnissen des Stadtrats nach Art. 43 Abs. 1 Satz 3 GO auf den Oberbürgermeister und die Zustimmung zur Weiterübertragung durch diesen auf die Verwaltung (Delegation) sowie die Anpassung des Verfahrens bei Stellenplanänderungen in der derzeitigen Form auch für die Stadtratsperiode 2020/2026 beizubehalten und gemäß Art. 88 Abs. 3 Satz 4 und Abs. 4 Satz 3 GO auch entsprechend für die Eigenbetriebe zu beschließen. Die Eigenbetriebsatzungen sowie die Geschäftsanweisungen sollten entsprechend angepasst werden.

3.2 Übertragung von Personalbefugnissen nach Art. 88 Abs. 3 Satz 4 i. V. m. Art. 43 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 1 und Abs. 2 Satz 1 GO jeweils mit Zustimmung des Herrn OBM auf die Werkleitungen (Delegation)

Den Werkleitungen der Eigenbetriebe sollen mit Wirkung ab 01.05.2020 vorbehaltlich der Befugnisse der Werkausschüsse bzw. des Stadtrats und des Oberbürgermeisters jeweils mit Zustimmung des Oberbürgermeisters folgende Befugnisse nach Art. 88 Abs. 3 Satz 4 i. V. m. Art. 43 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 1 GO übertragen werden:

- a) befristete Einstellung von Tarifbeschäftigten bis einschließlich EGr. 14 (Z) TVöD
- b) Ernennung von Beamtinnen und Beamten bzw. unbefristete Einstellung von Tarifbeschäftigten bis einschließlich BGr. A 12 bzw. EGr. 12 TVöD bzw. EGr. S 18 TVöD (Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst)
- c) Beförderung von Beamtinnen und Beamten bzw. Höhergruppierungen von Tarifbeschäftigten bis einschließlich BGr. A 12 bzw. EGr. 12 TVöD bzw. EGr. S 18 TVöD (Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst)
- d) Abordnungen, Versetzungen, Zuweisungen bzw. Personalgestellungen (Tarifbereich) von Beamtinnen und Beamten bzw. von Tarifbeschäftigten bis einschließlich BGr. A 12 bzw. EGr. 12 TVöD bzw. EGr. S 18 TVöD (Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst)
- e) Ruhestandsversetzungen von Beamtinnen und Beamten bis einschließlich BGr. A 12
- f) Entlassungen von Beamtinnen und Beamten bzw. von Tarifbeschäftigten bis einschließlich BGr. A 14 (Z) bzw. EGr. 14 (Z) TVöD bzw. EGr. S 18 TVöD (Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst)

3.3 Weitere Zuständigkeiten für Personalentscheidungen

3.3.1 Zuständigkeiten der Werkausschüsse

Die nicht auf die Werkleitungen delegierbaren bzw. nicht delegierten und die nicht dem Stadtrat vorbehaltenen Personalangelegenheiten werden den jeweiligen Werkausschüssen übertragen (Art. 88 Abs. 3 Satz 4 GO).

3.3.2 Zuständigkeiten des Stadtrats

Mit der Bestellung der Werkleitung befasst sich der Stadtrat (Art. 88 Abs. 2 GO).

3.4 Verfahren bei Stellenplanänderungen

Der Stellenplan hat als Teil des Haushaltsplans (Art. 64 Abs. 2 Satz 2 GO) Satzungsqualität und legt den maximalen Rahmen für die Personalwirtschaft der Gemeinde hinsichtlich Stellenanzahl (quantitativ) und Stellenwert (qualitativ) fest.

Für die Delegation von Stellenplanänderungen existieren in der Gemeindeordnung keine dem Art. 43 GO, der für Personalentscheidungen gilt, vergleichbaren Regelungen.

Eine Übertragung von Letztentscheidungsbefugnissen auf die Verwaltung ist hinsichtlich der Festlegung von Stellenanzahl und Stellenwert nicht möglich.

Bei kleineren organisatorischen Änderungen, die in der Regel nur zur Änderung weniger Stellen führen, soll künftig wie folgt vorgegangen werden:

- a) Stellenplanänderungen bis einschließlich EGr. 12 TVöD (Zielwert) werden nicht als Einzelgutachten in den jeweiligen Werkausschuss eingebracht, sondern als Sammelgutachten (Liste) in der nächsterreichbaren Werkausschuss-Sitzung beschlossen. Die vorgeschlagenen Stellenplanänderungen dürfen nach Genehmigung durch den/die 1. Werkleiter/In - vor der Werkausschuss-Beschlussfassung - bereits im Stellenplan vollzogen und der Recruiting-Prozess darf gestartet werden.
- b) Stellenplanänderungen ab EGr. 13 (Zielwert) und umfangreichere organisatorische Änderungen werden im jeweiligen Werkausschuss behandelt.

4. Verteilung der Personalbefugnisse zwischen dem/der 1. Werkleiter/in und dem/der 2. Werkleiterin bzw. dem/der kaufmännischen Werkleiter/in

Wie oben ausgeführt, ist gesetzlich lediglich eine Delegation durch den Stadtrat auf die Werkleitung generell vorgesehen, wenn nicht Herr OBM nach entsprechender Übertragung durch den Stadtrat auf sich diese nach Art. 39 Abs. 2 GO auf den/die (weiteren) Werkleiter überträgt. Die Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Werkleitung, d. h. zwischen dem/der 1. Werkleiter/in sowie dem/der 2. Werkleitern/in (u. U. auch zwischen kaufmännischem/r und technischem/r Werkleiter/in), ist entweder in den Eigenbetriebssatzungen oder in den Geschäftsanweisungen zu regeln. Die Zuständigkeiten sollten für alle Eigenbetriebe möglichst einheitlich gefasst sein.

Sinnvoll erscheint es, die Zuständigkeiten innerhalb der Geschäftsanweisungen zu regeln. Die Geschäftsanweisungen werden nach den Eigenbetriebssatzungen durch den jeweiligen Werkausschuss beschlossen.

Die Eigenbetriebssatzungen sind im Wesentlichen einheitlich. Die Bezeichnung der/s 1. Werkleiters/in sollte jedoch dahin vereinheitlicht werden, dass der/die erste/r Werkleiter/in stets ein/e kommunale/r Wahlbeamter/in sein muss.

Die Geschäftsanweisungen der Eigenbetriebe sind dagegen sehr unterschiedlich. Es empfiehlt sich, diese grundsätzlich (unabhängig von der Delegation der Personalbefugnisse) zu vereinheitlichen. In Bezug auf die Übertragung von Personalbefugnissen durch den Stadtrat nach Art. 88 Abs. 3 Satz 4 GO auf die Werkleitungen sowie das Verfahren bei Stellenplanänderungen sind die Geschäftsanweisungen dahingehend neu zu fassen, dass im Ergebnis die Zuständigkeit des/der 1. Werkleiter/in der von Herrn Ref. I/II sowie die Zuständigkeit des/der 2. Werkleiter/in bzw. der/des kaufmännischen Werkleiters/in der der Leitung des Personalamts entspricht. Ein entsprechender Vorschlag zur Anpassung in den jeweiligen Geschäftsanweisungen ist als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag

1. Den Werkleitungen der Eigenbetriebe werden ab 01.05.2020 vorbehaltlich der Befugnisse der Werkausschüsse, des Stadtrats und des Oberbürgermeisters jeweils mit Zustimmung des Oberbürgermeisters folgende Befugnisse nach Art. 88 Abs. 3 Satz 4 i. V. m. Art. 43 Abs. 1 Satz 3 GO und Abs. 2 Satz 1 GO übertragen:
 - a) befristete Einstellung von Tarifbeschäftigten bis einschließlich EGr. 14 (Z) TVöD
 - b) Ernennung von Beamtinnen und Beamten bzw. unbefristete Einstellung von Tarifbeschäftigten bis einschließlich BGr. A 12 bzw. EGr. 12 TVöD bzw. EGr. S 18 TVöD (Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst)
 - c) Beförderung von Beamtinnen und Beamten bzw. Höhergruppierungen von Tarifbeschäftigten bis einschließlich BGr. A 12 bzw. EGr. 12 TVöD bzw. EGr. S 18 TVöD (Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst)
 - d) Abordnungen, Versetzungen, Zuweisungen bzw. Personalgestellungen (Tarifbereich) von Beamtinnen und Beamten bzw. von Tarifbeschäftigten bis einschließlich BGr. A 12 bzw. EGr. 12 TVöD bzw. EGr. S 18 TVöD (Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst)
 - e) Ruhestandsversetzungen von Beamtinnen und Beamten bis einschließlich BGr. A 12
 - f) Entlassungen von Beamtinnen und Beamten bzw. von Tarifbeschäftigten bis einschließlich BGr. A 14 (Z) bzw. EGr. 14 (Z) TVöD bzw. EGr. S 18 TVöD (Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst)
2. Die nicht auf die Werkleitung delegierbaren bzw. nicht delegierten und die nicht dem Stadtrat vorbehaltenen Personalangelegenheiten werden den jeweiligen Werkausschüssen übertragen (Art. 88 Abs. 4 Satz 3 GO).
3. Stellenplanänderungen bis einschließlich EGr. 12 TVöD (Zielwert) werden nicht als Einzelgutachten in den jeweiligen Werkausschuss eingebracht, sondern als Sammelgutachten (Liste) in der nächsterreichbaren Werkausschuss-Sitzung beschlossen. Die vorgeschlagenen Stellenplanänderungen dürfen nach Genehmigung durch den/die 1. Werkleiter/in - vor der Werkausschuss-Beschlussfassung - bereits im Stellenplan vollzogen und der Recruiting-Prozess darf gestartet werden.

4. Soweit erforderlich sind die Eigenbetriebssatzung in Bezug auf die Bezeichnung der/s ersten Werkleiters/in dahingehend zu ändern, als der/die erste/r Werkleiter/in stets ein/e kommunale/r Wahlbeamter/in sein muss.
5. Die Geschäftsanweisungen der Eigenbetriebe sind Bezug auf die Übertragung von Personalbefugnissen entsprechend der Anlage 1 anzupassen.

II. Herrn OBM

Der Übertragung der genannten Personalbefugnisse nach Art. 88 Abs. 3 Satz 4 i. V. m. Art. 43 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 1 GO auf die Werkleitung stimme ich zu.

Nürnberg, 11.05.2020
Der Oberbürgermeister

III. Stadtrat (konstituierende Sitzung am 11.05.2020)

Nürnberg, 15.04.2020
Referat für Finanzen, Personal, IT und Organisation

(38 34) , (52 15)

Anlage
Delegationsmatrix Eigenbetriebe 2020/2026
Anpassung der Geschäftsanweisungen

In Kopie an

SUN	m. d. B. um Prüfung und ggf. Anpassung der Eigenbetriebssatzung und der Geschäftsanweisung
NüSt	m. d. B. um Prüfung und ggf. Anpassung der Eigenbetriebssatzung und der Geschäftsanweisung
ASN	m. d. B. um Prüfung und ggf. Anpassung der Eigenbetriebssatzung und der Geschäftsanweisung
FSN	m. d. B. um Prüfung und ggf. Anpassung der Eigenbetriebssatzung und der Geschäftsanweisung
NüBad	m. d. B. um Prüfung und ggf. Anpassung der Eigenbetriebssatzung und der Geschäftsanweisung
SÖR	m. d. B. um Prüfung und ggf. Anpassung der Eigenbetriebssatzung und der Geschäftsanweisung